



# Interviews

**Datum: 29. April 2024**

**Interview mit Andreas Audretsch, Grünen-Fraktionsvize für Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen und Haushalt zum Bundesparteitag der FDP und das Ende der Rente mit 63 im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern.**

**Barbara Schmidt-Mattern:** Mitgehört hat Andreas Audretsch, Fraktions-Vize von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Schönen guten Morgen nach Berlin.

**Andreas Audretsch:** Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

**Schmidt-Mattern:** Dieser Zwölf-Punkte-Plan der FDP, zusammengefasst unter dem Stichwort Wirtschaftswende zum Ankurbeln der Wirtschaft, ist, so sagt die FDP, eine Liebeserklärung an Deutschland. Stimmt das eigentlich aus Ihrer Sicht?

**Audretsch:** Parteitage sind immer Orte der Selbstvergewisserung. Da hat es auch immer was von Folklore, da klappert man, da macht man sich stark für die eigenen Positionen, und genau das haben wir jetzt über das Wochenende gesehen. Ich habe aber gleichzeitig auch immer ein sehr starkes Bekenntnis gerade von Bijan Djir-Sarai, auch von Christian Lindner zur Ampel, zur gemeinsamen Arbeit in der Koalition gehört, und das ist, finde ich, eine sehr gute Grundlage, jetzt dann auch wieder die ganz konkrete Arbeit anzugehen, dass was wir im Täglichen tun, gemeinsam machen. Und was die einzelnen Beschlüsse angeht, da gibt es bestimmt einige Beschlüsse, die mir besser gefallen, dass die FDP sich jetzt noch mal intensiv auch mit der Atomkraft auseinandergesetzt hat und zum Schluss gekommen ist, dass die Atomkraft in Deutschland tatsächlich keine sinnvolle Zukunft hat. Das ist etwas, was uns mit Sicherheit enger zusammenführt. Bei anderen Fragen sind wir noch ein bisschen weiter auseinander, aber da werden wir auf der Basis dessen, was wir in Vorbereitung haben in der Koalition, an guten gemeinsamen Lösungen arbeiten.

**Schmidt-Mattern:** Sie sagen sinngemäß, wir raufen uns zusammen und lassen das Papier mal da, wo es hingehört, nämlich auf allen Parteitag. Nun ist es aber so, dass diese Forderungen, die die FDP da aufstellt, seien es Steuersenkungen, seien es Einschnitte beim Bürgergeld oder auch die Abschaffung der Rente mit 63, das betrifft ja alles unmittelbar die Regierungsarbeit der Ampel. Machen Sie es sich da nicht ein bisschen leicht, wenn Sie da nur von einem Parteipapier sprechen?

**Audretsch:** Wir haben ja ganz konkrete Prozesse, die zu den einzelnen Fragen laufen. Sie hatten gerade die Rente angesprochen. Da gibt es ja ein Konzept, das der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und der Bundesfinanzminister Christian Lindner gemeinsam erarbeitet haben, gemeinsam vorgestellt haben. Da geht es auf der einen Seite um die Stabilisierung des Rentenniveaus, auf der anderen Seite um die Einführung eines sogenannten Generationenkapitals, und das ist die gemeinsame Basis, auf der wir arbeiten. Vielleicht sage ich Ihnen einmal, was passiert, wenn wir das nicht machen würden, wenn wir das Rentenniveau nicht stabilisieren würden. Dann würden wir in großer Zahl Frauen über die nächsten Jahre in bittere Altersarmut stürzen. Im Osten Deutschlands sind Frauen zu 92 Prozent abhängig von der gesetzlichen Rentenversicherung, in ganz Deutschland sind es 71 Prozent, und wenn wir jetzt nicht das Rentenniveau stabilisieren, dann sinkt das immer weiter ab und wir produzieren mit Ansage Altersarmut vor allem bei Frauen. Das kann kein Konzept sein und insofern ist es ja gut, dass wir auf einem Weg sind, an dem wir beides in den Blick nehmen, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart war, das Rentenniveau zu stabilisieren, das Generationenkapital auf den Weg zu bringen, und ich bin mir sicher, dass wir auf dieser Basis auch gemeinsam weiterarbeiten können.

**Schmidt-Mattern:** Sie sagen, die sogenannte Rente mit 63, das muss bleiben. Aber wir haben ja ganz deutlich die Tendenz auf dem FDP-Parteitag vernommen, dass beim Rentenpaket II nachgebessert werden muss. Insofern ist die Frage, wie wollen Sie da zusammenkommen. Wo sind mögliche Kompromisslinien, bei diesem Rentenpaket zusammenzukommen in der Ampel?

**Audretsch:** Christian Lindner hat gestern Abend noch davon gesprochen, dass wir dann gegebenenfalls ein Rentenpaket III brauchen, und da bin ich ganz bei ihm. Das ist überhaupt nicht das Problem. Zum Beispiel eine Reform der privaten Altersvorsorge steht ja an. Da haben wir Grüne immer einen Bürgerfonds vorgeschlagen, einen Fonds, bei dem man einfach in ein gutes, in ein gut gemanagtes, in ein bürokratiearmes, in ein Produkt mit auch guter Rendite investieren kann, weil wir ja sehen, dass die Riester-Rente so, wie sie bislang konzipiert war, gescheitert ist. Es gab ja immer die Idee, man senkt das Rentenniveau und in gleichem Maße wird die private Altersvorsorge aufgebaut. Das ist erkennbar, wenn man sich alle Statistiken anschaut, so nicht gelungen. Das heißt, wir müssen auf der ganzen Breite nachbessern. Das gilt für die gesetzliche Rente, das gilt für die betriebliche, das gilt aber auch für die private Altersvorsorge. Da bleibt einiges zu tun. Da haben wir unsere Vorschläge und da auch in Richtung weitere Reformen dran zu arbeiten, da spricht überhaupt nichts dagegen.

**Schmidt-Mattern:** Dann kommen wir mal auf ein Lieblingsprojekt der Grünen, Ihr sozialpolitisches Prestigeobjekt, nämlich die Kindergrundsicherung. Die lehnt ja die FDP in dieser, wie

sie jetzt geplanten Form ist, auch ab. Kommt diese Kindergrundsicherung eigentlich so noch, wie Lisa Paus sie konzipiert hat?

**Audretsch:** Wir haben in der Grundanlage ja eine ähnliche Situation wie bei der Rente. Wir sind nur schon ein ganzes Stückchen weiter. Es geht im Grunde darum, Kinder aus Armut zu holen, und genau wie wir bei Menschen im #älteren Teil des Lebens, bei Frauen, die dann vor allem in Rente gehen, dafür sorgen wollen, dass sie nicht in bittere Altersarmut stürzen, wollen wir bei Kindern dafür sorgen, dass sie nicht in Armut aufwachsen müssen. Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf, in Berlin jedes vierte, in Bremen jedes dritte. Das kann so ja nicht angehen. Das wollen wir gemeinsam ändern. Auch darauf haben wir uns verständigt und das Gute ist, dass es auch dort einen Gesetzentwurf gibt, der gemeinsam verabschiedet wurde, von Kanzler Scholz ausgehandelt, Christian Lindner als Finanzminister und Familienministerin Paus. Die haben sich zusammengesetzt und haben einen Gesetzentwurf, auch einen guten Gesetzentwurf gemeinsam erarbeitet, und am Ende hat ihn Christian Lindner mit Hubertus Heil und Lisa Paus in der Bundespressekonferenz vorgestellt. Das ist die Grundlage. Auf dieser Grundlage arbeiten wir und natürlich arbeiten wir im Deutschen Bundestag an Verbesserungen. Das ist das, was Parlamente tun, und da sitzen wir zusammen und suchen gute Lösungen, und genau das werden wir über die nächsten Wochen tun, um dann zügig auch die Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen.

**Schmidt-Mattern:** Herr Audretsch, Ihr Optimismus in allen Ehren, aber Sie legen da ja selber den Finger genau in die Wunde. Der Parteichef und Finanzminister Christian Lindner einigt sich mit Ihnen in der Ampel auf bestimmte Projekte und dann gibt es Widerstand in der Basis oder auch in der FDP-Bundestagsfraktion und Pläne werden wieder über den Haufen geworfen. Das kann man an mehreren Beispielen festmachen. Deswegen noch einmal die Frage: Die Kindergrundsicherung lehnt Christian Lindner und die FDP in der jetzigen Form ab. Die FDP sagt, lasst uns das Geld lieber in eine bessere Kinderbetreuung stecken. Deswegen noch mal ganz konkret: Wie wollen Sie diese Kuh vom Eis bekommen?

**Audretsch:** Ich habe großes Vertrauen in den Bundesfinanzminister, wenn er Dinge verhandelt, dass dann da auch Substanz dahintersteckt. Und dass wir sowohl bei der Rente als auch bei der Kindergrundsicherung einen gemeinsamen Prozess haben, in dem wir uns auf einen Weg begeben haben, gute Lösungen zu finden, das ist die Basis, auf der man gut aufsetzen kann. Bei der Kindergrundsicherung haben wir ja im Moment einen schon ganz konkreten Prozess auch im Deutschen Bundestag, anders als bei der Rente, und sind da im Einzelnen dran, Verbesserungen auch an der Kindergrundsicherung zu machen, dass sie effizient funktioniert, dass wir die Digitalisierung noch mal stärker in den Blick nehmen, um Effizienzen zu heben und zu schauen, wie wir das gut so hinkriegen können, dass am Ende die Kinder tatsächlich im Mittelpunkt stehen. Die Kindergrundsicherung ist wahrscheinlich eines der größten Entbürokratisierungsprojekte, die wir überhaupt in Deutschland auf den Weg

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

bringen können. Wenn Sie einmal sich angeschaut haben, was vor Ort los ist, dass gerade Eltern häufig überhaupt nicht mehr wissen, was beantragt werden kann, weil der Bürokratienschwung so groß ist, dass Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen ganz viel Bürokratie übernehmen, weil zum Beispiel jedes einzelne Essen beantragt werden muss, jede Schulfahrt beantragt werden muss, ein Bürokratiewust. Und das am Ende zu ordnen und da für die Eltern, für die Kommunen Entlastung zu schaffen, das ist doch ein gutes gemeinsames Anliegen und daran arbeiten wir.

**Schmidt-Mattern:** Punkt ist angekommen. Gleichwohl: Die FDP sagt Niet, es gibt nicht so viel neues Geld, wie die Grünen es haben wollen, für diese Kindergrundsicherung. Sie stehen vor ganz schwierigen Haushaltsverhandlungen in der Ampel in diesem Jahr. Wie wollen Sie diese Kuh vom Eis bekommen? Das möchte ich noch einmal nachfragen, gerade mit Blick auf die Haushaltsnöte?

**Audretsch:** Die Haushaltsverhandlungen laufen und da ist es klar, dass es bestimmte Dinge gibt, die vereinbart sind, zum Beispiel die Finanzmittel für die Kindergrundsicherung. Da haben ja alle bereits zugestimmt. Das ist etwas, was vereinbart ist. Und dann muss man darauf aufsetzen am Ende, was ansonsten haushalterisch möglich ist. Wir müssen mehr investieren. Wir hatten das Gespräch begonnen über die Frage von Wirtschaft. Es ist völlig klar, dass unsere Wirtschaft nur erfolgreich sein kann, wenn wir stark auch die Investitionen ankurbeln, wenn wir eine Infrastruktur haben, die funktioniert. Es kann ja nicht sein, dass LKW die Autobahn verlassen müssen, weil die Brücken nicht saniert sind, durch die kleinen Städtchen und Dörfer fahren, dort das Leben schlechtmachen und am Ende die Waren nicht transportiert kriegen. Brücken sanieren, Schulen sanieren, in die Zukunft investieren wird ein ganz großer Teil sein. Diese Dinge zusammenzubringen, ist jetzt eine Aufgabe der nächsten Wochen, der nächsten Monate, dass wir sowohl ein großes Wirtschaftspaket haben, weil wir die Wirtschaft weiterhin auch stärken wollen, und auf der anderen Seite einen seriösen Haushalt. Das sind Aufgaben, die wir bis zum Sommer zu bewältigen haben.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*